



**Niederschrift**

13. Plenarsitzung des Gemeinderates  
28. Juli 2020, 15:30 Uhr  
öffentlich  
Gartenhalle, Kongresszentrum  
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

**Punkt 14 der Tagesordnung: Silvesterfeuerwerk**

**Punkt 14.1 der Tagesordnung: Ausweitung des Böllerverbots zum Schutz vor Lärm und Emissionen**

**Antrag: CDU**

**Vorlage: 2020/0060**

**Punkt 14.2 der Tagesordnung: Feiern statt feuern: Sicheres Silvester in Karlsruhe**

**Antrag: GRÜNE**

**Vorlage: 2020/0079**

**Änderungsantrag GRÜNE**

**Vorlage: 2020/0939**

**Punkt 14.3 der Tagesordnung: Einsatz für Ausweitung der Bundes- und Landesgrenze für Einschränkung privaten Feuerwerks**

**Ergänzungsantrag: DIE LINKE.**

**Vorlage: 2020/0495**

**Punkt 15 der Tagesordnung: Sicherheit für den Zoo:**

**Punkt 15.1 der Tagesordnung: Sicherheitsmaßnahmen im Karlsruher Zoo**

**Antrag: GRÜNE**

**Vorlage: 2020/0055**

**Punkt 15.2 der Tagesordnung: Sicherheits- und Schutzzone für zoologischen Stadtgarten und Tiergehege/Tierheime**

**Antrag: SPD**

**Vorlage: 2020/0078**

**Punkt 15.3 der Tagesordnung: Sicherheit für Zootiere**

**Antrag: AfD**

**Vorlage: 2020/0081**

**Beschluss:**

Einverstanden mit den Stellungnahmen der Verwaltung

**Abstimmungsergebnis:**

Keine Abstimmung

**Der Vorsitzende** ruft Tagesordnungspunkte 14 und 15 und zur Behandlung auf.

Hier kam der Vorschlag aus Ihren Reihen, dass wir Tagesordnungspunkt 14 und 15 gemeinsam beraten. Es geht zwar bei Tagesordnungspunkt 15 um den Zoo, aber es hat auch ganz viel mit Silvester und entsprechenden Böllern und Feuer zu tun. Wir können in mehreren Runden dieses Thema umfassend diskutieren. Deswegen, wenn Sie einverstanden sind, werde ich diese Punkte gemeinsam aufrufen. Wir haben diverse Anträge, es gibt beim Silvesterfeuerwerk einen Antrag der CDU und der GRÜNEN, da würde ich jetzt erst einmal diese beiden hier das Wort ergreifen lassen. Ich mache das jetzt in der Reihenfolge der Tagesordnung.

**Stadtrat Müller (CDU):** Sicherlich war uns in Betracht der örtlichen Gegebenheiten um Kirchen, Krankenhäuser et cetera schon bewusst, dass es bereits dort nach dem Polizeirecht ein Böller- und Feuerwerksverbot gibt. Bedauerlich an dieser Stelle, das muss ich dann schon sagen, dass es nicht gelungen ist, den Zoo als sensiblen Bereich hier mit integrieren zu können. Wir hätten ganz gerne gesehen, dass die Umgebung um den Stadtgarten Zoo dann auch böller- und feuerwerksfrei gewesen wäre. Nun ist es aus rechtlicher Situation wohl nicht möglich, wie auch in der Stellungnahme dargelegt.

Unsere Fraktion könnte sich vorstellen, dass die Verwaltung prüfen möge, die Tiergartenbrücke zu sperren. Nun weiß ich sehr wohl, dass es mit den personellen Kräften in der Silvesternacht so ohne Weiteres nicht möglich ist, aber genau an dieser Örtlichkeit, in Bezug auf diese Tiergartenbrücke, kann ich mir sehr wohl vorstellen, dass es dann im Rahmen von temporär errichteten Absperrmaßnahmen hergestellt werden kann. Im Hinblick auf den Marktplatz sind wir dann eigentlich auch dahingehend positiv eingestimmt, dass die Verwaltung dies auch aufgenommen hat, den Marktplatz dann doch aufgrund seiner Baulichkeiten und so weiter als sensiblen Bereich im Sinne des Brandschutzes anzusehen. Wir würden uns darüber hinaus eventuell auch einmal vorstellen können, dass es dann auch innerstädtisch zum Beispiel am Marktplatz ein Ersatzprogramm geben möge. Lichteffekte, Diashow, ich glaube, da gibt es mit Sicherheit in der Verwaltung genug Kreativität, um dahingehend etwas auf die Beine zu stellen.

**Der Vorsitzende:** Nun gibt es Anträge der GRÜNEN sowohl zu Tagesordnungspunkt 14 als auch zu Tagesordnungspunkt 15.

**Stadtrat Bauer (GRÜNE):** Es gibt viele Wege, den Jahreswechsel zu beschreiten, aber es zeigt sich der steigende Wunsch in der Bevölkerung, dass man dabei auf öffentlichen Plätzen nicht mehr zum Abschuss freisteht. Der ist klar erkennbar, auch aus verschiedenen Umfragen zu diesem Thema. Die Gefahren von privaten Feuerwerken sind weitläufig und sind seit Jahren bekannt. Generell ist es eine dumme Idee, betrunkenen Menschen Sprengstoff in die Hand zu geben, so könnte man es auch auf den Punkt bringen, aber generell ist es auch in größeren Menschenansammlungen problematisch, wenn da unkontrolliert Raketen angezündet werden. Wir haben das hier in Karlsruhe zum Jahreswechsel 2019/2020 gesehen. Der Krefelder Zoo ist ein gutes Beispiel dafür, was passieren kann. Natürlich auch die hohe Belastung von Menschen und Umwelt durch den Feinstaub ist ein Problem.

Jetzt haben wir eine Rechtslage, das hat die Verwaltung in ihrer Antwort schon zur Genüge begründet, die es eben hergibt, dass wir feuerwerksfreie Zonen, nämlich rund um Kirchen, Krankenhäuser und andere brandempfindliche Gebäude, haben. Blöd ist nur, diese Rechtslage nutzt niemanden, wenn sie in keiner Form in der Bevölkerung bekannt ist oder wenn sie in keiner Form Anwendung findet. Das ist eigentlich unsere Grundidee, dass wir die bestehende Rechtslage an einigen ausgewählten Stellen in verschiedenen Stadtteilen gerne zur Anwendung bringen möchten, indem wir zum einen eine öffentlichkeitswirksame Bekanntmachung im Vorfeld planen, zum Beispiel mit Zettel in den Briefkästen, in den Zeitungen, in Social Media. Dabei können auch die Bürgervereine in den Stadtteilen unterstützen, mit einer Beschilderung und Sichtbarmachung an den Zonen am Silvesterabend, dass man auch weiß, dass man sich in so einer feuerwerksfreien Zone aufhält, und dann gehören auch die maßvollen Kontrollen durch den Kommunalen Ordnungsdienst und die Polizei dazu. Das wird ein Konzept erfordern, das natürlich auch aus unserer Sicht noch einmal, wie gerade beim Sicherheitskonzept gesagt, einen Fokus auf Kommunikation und deeskalierenden Kontakt haben soll. Es ist insgesamt aus unserer Sicht noch ein weiter Weg bis zu einer zumindest von mir gewünschten feuerwerksfreien Innenstadt, aber wir können durch diesen Weg, der hier beschrrieben wird, im Kleinen natürlich auch Erfahrung sammeln.

Die Verwaltung hat schon zugesagt, dass sie die Ausweitung der böllerfreien Silvesterfeier auf dem Marktplatz in diesem Jahr schon bewerkstelligen möchte. Das ist eine gute Entscheidung, zusätzlich die Zusage, dass man alternative Programmpunkte, zum Beispiel eine Großveranstaltung mit Lichtshows et cetera plant. Auch das ist ein guter Weg. Natürlich sollte man positive Anreize gegen das Feuerwerk setzen, dass man nicht mit Verboten arbeitet. Das ist aus unserer Sicht ein guter Schritt. Deswegen würden wir um Zustimmung für unseren Änderungs- und Ergänzungsantrag werben, wobei die Kollegin Rastätter noch ein paar Sätze zum Zoo sagen möchte.

**Der Vorsitzende:** Dann rufe ich auf den Antrag der SPD unter Tagesordnungspunkt 15.2 und natürlich auch zu allen anderen Anträgen.

**Stadtrat Huber (SPD):** Das Abbrennen von Feuerwerk ist in Deutschland immer noch eine Tradition, aber nicht alle Traditionen müssen automatisch immer gut sein. Ich glaube, dass man die Realitäten schon anerkennen muss, dass Feuerwerk kurzfristig aber auch langfristige Folgen haben kann. Kurzfristige Folgen sind hinlänglich bekannt. Viele haben es schon erlebt, die Statistik der Feuerwehr und Rettungsdienste liefert jedes Jahr eine eindrückliche Erinnerung daran. Die langfristigen Folgen haben sich in den letzten Jahren immer mehr in die öffentliche Debatte gedrängt, das ist ganz gut so. Ich rede von Feinstaubbelastungen aber auch vor allem vom Tierwohl, das durch Feuerwerk schon immer gefährdet war, aber das ist jetzt immer mehr in den öffentlichen Fokus gerückt.

Ich denke und hoffe, dass wir jetzt hier keine Verbotsdebatte führen, das ist einfach der falsche Ort für so etwas. Wir sollten uns um die Aufgaben kümmern, für die wir gewählt sind, das ist einerseits der Schutz von Gebäuden, die diesem besonderen Schutz unterliegen, deswegen haben wir uns das auch für den Zoo gewünscht. Ich glaube, das war von uns allen auch eine Reaktion auf die Ereignisse von Krefeld, aber auch wir hatten in unserem Karlsruher Zoo schon Schwierigkeiten mit Bränden. Von daher ist es schon richtig, dass wir darüber diskutieren. Die Rechtslage gibt es nicht her, ich gehe aber einfach davon aus, dass es eine Momentaufnahme

ist und die Rechtslage sicherlich in Zukunft angepasst wird. Ich glaube, damit kann man einfach rechnen, wir sind nicht die Einzigen, die den Fokus auf den besonderen Bereich des Zoos legen.

Zur Innenstadt allgemein, wir sind auch der Meinung, dass das Böllerverbot auf dem Schlossplatz sehr gut angenommen wurde. Wir haben sehr viele positive Rückmeldungen bekommen, und ich glaube, es ist auch richtig so. Es gibt viele Menschen, die sich in den letzten Jahren entschieden haben, auf das Abbrennen von Feuerwerk zu verzichten, und diese Menschen sollen auch eine sichere Zone haben, wo sie feiern können. Wir begrüßen die Erweiterung auch für den Marktplatz, wir sind generell auch offen, Alternativen anzubieten, um dann vielleicht noch mal mehr Menschen davon zu überzeugen, dass das Abbrennen von Feuerwerk nicht für immer Tradition bleiben muss. Wir möchten aber auch an der Stelle sagen, dass wir jetzt nicht unbedingt Unterstützer von einem großen Mega-Event werden, bei dem wieder viele Menschen arbeiten müssen. Wir möchten eigentlich, dass die Leute sich beim Jahreswechsel auch auf das Feiern konzentrieren können und möchten da jetzt nichts Großes aufblähen. Ansonsten begleiten wir das Thema weiter in den Ausschüssen mit und freuen uns, dass wir dann auch sicherlich gute Lösungen in Zukunft hinbekommen.

**Stadtrat Hock (FDP):** Wir reden über eine autofreie Innenstadt und alles Mögliche, jetzt sprechen wir dann über eine feuerwerksfreie Innenstadt und Stadtteile, die feuerwerksfrei sind, Verbote hin und her. Ich muss ganz ehrlich sagen, es wird mittlerweile für meine Fraktion echt schwierig. Der Mensch steht bei uns im Mittelpunkt und die Eigenverantwortung des Einzelnen ist für uns eine wichtige Sache, und ich muss ganz ehrlich sagen, wenn Sie mir mit Argumenten wegen des Zoos kommen, sind wir voll und ganz bei Ihnen. Das können wir völlig nachvollziehen. Aber wenn ich hier sehe in dem Änderungsantrag der GRÜNEN, die Verwaltung ermittelt in ausgewählten Stadtteilen jeweils eine möglichst große zusammenhängende Fläche, wo auf Basis der bestehenden Rechtslage private Feuerwerke in der Silvesternacht bereits untersagt sind. Ich muss ganz ehrlich sagen, Feinstaub ist ein Thema, aber wenn man sieht, wie viele Dampfer auf diesen Weltmeeren umherschippern, da ist dieser Feinstaub in dieser Nacht ein Hauch von nichts. Das nur mal so am Rande.

Von daher gesehen, muss ich ganz ehrlich sagen, wir müssen jetzt mal wirklich auf dem Teppich bleiben. Wir sind auch dafür, dass man vonseiten der Stadtverwaltung in der Öffentlichkeit für diese Flächen, Kliniken und den Zoologischen Stadtgarten aufklärend wirkt. Das ist auch für uns ein wichtiges Gut, dass dort das Abbrennen von Feuerwerk eigentlich nicht gewünscht ist, das können wir alles nachvollziehen. Aber das, was hier eigentlich für die Zukunft gewünscht ist, dass es vor dem Schloss, auf dem Marktplatz und in ausgewählten Stadtteilen kein Feuerwerk mehr geben soll, irgendwann heißt es - wir reden darüber, die Stadt eigentlich feuerwerksfrei zu machen -, da muss ich ganz ehrlich sagen, wir müssen mit den Verboten jetzt langsam einmal aufhören und auch der Realität ins Auge schauen. Wir sind freie Menschen, und das möchte ich auch bleiben. Deshalb hören Sie mir mit den ganzen Verboten auf, ich kann es nicht mehr hören!

**Stadträtin Fenrich (AfD):** Zum Silvesterfeuerwerk ist zu sagen, dass es letztes Jahr am Schloss ganz gut geklappt hat, und man das unter Beobachtung hatte. Dass sich dann alles auf den Marktplatz zurückgezogen hat, war vielleicht hinsichtlich des Abfalls unschön, den man dann auch wegräumen musste, aber ich denke, im neuen Jahr wird man da vielleicht eine Verbesserung finden. Es wurden auch die Rechtsgrundlagen angesprochen und insbesondere war das Feuerwerk, im Zusammenhang mit dem Brand im Krefelder Zoo und dem Brand vor neun Jah-

ren im Karlsruher Zoo aufgebracht worden. Es ist tatsächlich so, dass in der Rechtsverordnung zum Sprengstoffgesetz kein Passus darin enthalten ist, dass Zoos entsprechend wie Krankenhäuser, Altenheime, Kinderheime und so weiter zu schützen sind. Meine Fraktion hat dies zum Anlass genommen, auch bei unserer Bundespartei nachzuhaken, und hat darum gebeten, dass man das in diese Rechtsverordnung mit aufnehmen möge. Dann werden zumindest mal der Zoo und die Tiergehege geschützt und wir hätten das Problem nicht mehr oder wir hätten es eingegrenzt. Dann wäre auch die Prüfung der Stadt, hinsichtlich besonders zu schützender oder brandempfindlicher Gebäude und Anlagen nicht gegeben.

Was mich überrascht hat, war der Antrag von den GRÜNEN und die tolle Kehrtwendung, die sie dann heute gemacht haben. Dieser Antrag war sehr ausufernd und weiträumig, Plätze zu erfassen, wo zufällig in der Mitte eine Kirche, ein Altersheim oder auch ein Krankenhaus steht. Herr Kollege Hock hat es angesprochen, das kann es eigentlich nicht sein, dass man dann die Städte so aufteilt, dass es überhaupt kein Feuerwerk mehr gibt, da muss die bürgerliche Freiheit doch irgendwo gegeben sein. Infolge dessen haben die GRÜNEN dann rechtzeitig noch die Kurve bekommen und haben das rechtskonform machen wollen. Es ist aber nicht rechtskonform, weil Krankenhäuser nach dem Sprengstoffgesetz als enge Räume zu erfassen sind, aber nicht großzügige Plätze drumherum. Was die Tiere im Zoo anbelangt, da möchte ich einfach mal sagen, dass wir alles tun müssen, dass solche Unglücksfälle einfach nicht mehr passieren. Ich bin guter Erwartung und Hoffnung, wenn ich das jetzt so sagen darf, und bin guten Mutes, dass die Stadt und vor allem auch der Zoo alles dransetzen wird, dass Maßnahmen ergriffen werden, damit so eine Katastrophe sich nicht wiederholen dürfte. Da hoffen wir, dass es so bleibt, denn wir sind für unsere Mitgeschöpfe verantwortlich, die genauso wie wir Schmerzen erleiden, und das darf nicht mehr passieren. Wir hoffen, dass wir das in Zukunft durch entsprechende Baumaßnahmen, Brandmeldeanlagen und so weiter verhindern können. Ich bin jetzt am Schluss.

**Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.):** Ich glaube, die Kollegen\*innen haben schon viel auf die negativen Auswirkungen von Feuerwerk hingewiesen, in Bezug auf die Sicherheit für Tiere und Menschen mit Beeinträchtigungen und in vielen anderen Bereichen. Ich glaube, an der Stelle müssen wir ein bisschen die Kirche im Dorf lassen, denn ich glaube nicht, dass die bürgerliche Freiheit stirbt, wenn Feuerwerk in der Stadt zurückgedrängt wird. Wir sprechen davon, die gesetzlichen Regelungen, die es dazu gibt, auszunutzen und uns dafür einzusetzen, dass wir mehr Maßnahmen beschließen können oder als Kommune beschließen können. Deswegen finden wir es gut, dass die Verwaltung sich dafür einsetzt, falls auf Bundes- und Landesebene diese Diskussion aufkommt, dass die Kommunen vor Ort mehr Handlungsspielräume bekommen. Ich glaube, die Kommunen können es am besten einschätzen, wo es dementsprechende Bedarfe gibt Feuerwerkskörper zurückzudrängen. Es ist eine gute Maßnahme, wenn wir die aktuellen Möglichkeiten nutzen, damit weniger Feuerwerk verbraucht wird. Herr Kollege Huber hat es schon gesagt, manche Traditionen müssen wir gar nicht mehr so stark fortsetzen, die können dann auch mal innen oder in reduzierter Form stattfinden. Ich glaube, es gibt für Bürgerinnen und Bürger genügend Möglichkeiten, in dieser Stadt Silvester gut zu verbringen, ob wir da jetzt ein Großevent brauchen, ist noch mal eine andere Sache. Ich glaube, es ist auch ganz schön, mal im vertrauten kleinen Kreis eine Feier zu veranstalten, ohne Feuerwerk, aber trotzdem in aller Ruhe. Das ist mein letzter Satz: Ich war letztes Silvester in Hamburg, wo alles sehr bedrängt ist, und ich glaube, wir sind in Karlsruhe weit von den Zuständen der Großstädte entfernt, und auf einem guten Weg. Wir unterstützen dementsprechend die Anträge der GRÜNEN, Stück für Stück in diese Richtung zu gehen.

**Stadtrat Wenzel (FW|FÜR):** Ich hätte vor Jahren noch gesagt, Silvester ist unantastbar, aber ich habe meine Meinung geändert, weil für mich persönlich hat das öffentliche Silvesterfeiern seine Unschuld verloren, mehr brauche ich dazu nicht sagen. Ja, ich würde es begrüßen, wenn wir Möglichkeiten hätten, den Zoo zu schützen. Die Idee vom Kollegen Müller, die Brücke über den Zoo zu sperren, halte ich für sehr gut. Die Stadt hat aufgezeigt, welche Möglichkeiten wir haben und wird das auch weiter ausarbeiten, aber ein generelles Verbot finde ich nicht gut. Ich finde es gut, dass wir Zonen ausweisen, denn die Erfahrung am Schloss war sehr gut, auch dass die Zone bis zum Marktplatz ausgeweitet werden soll, dass Krankenhäuser und sensible Zonen sowieso tabu sind. Ich glaube, das ist schon seit einer ganzen Weile so und auch in Ordnung. Wir hatten in Durlach auch das Thema die historische Altstadt zu schützen. Das werden wir nicht schaffen, aber was wir machen können, ist sensibel darauf zu achten. Es darf nachher nur nicht, wie es Kollege Hock sagt, diese Verbote geben, sondern wir müssen die Leute sensibilisieren. Ich denke, wir werden es auch schaffen, dass die großen Partys und Großveranstaltungen wieder zu dem werden, was es sein soll, ein persönliches Feiern und wenn der eine oder andere im Außenbereich mal seine Rakete schießt, ist es gut. Die Großevents und großen Partys halte ich auch nicht für richtig, da sollten wir einfach auf dem Boden der Tatsachen bleiben. Richtiger Schritt, die Verwaltung hat es auch erkannt.

**Stadträtin Rastätter (GRÜNE):** Mittlerweile gibt es zunehmend Menschen, die einfach wünschen, dass weniger geböllert wird oder dass es auch Stellen in der Stadt gibt, an denen nicht geböllert wird. Insofern ist unser Antrag ein niedrigschwelliger Antrag, der vorsieht, dass man an einzelnen Gebieten in der Stadt, wo man zum Beispiel eine Verdichtung mit Kirchen, Schulen oder Altersheimen auswählt, um einfach zu schauen, ob es funktionieren kann, erst mal natürlich als Pilotprojekt. Insofern ist es ein Antrag, der sich ausschließlich auf die Rechtslage stützt. Zum Zoo wollten wir noch eines sagen, da ist die Belastung und Gefährdung für die Tiere massiv, da fordern wir auf jeden Fall, dass zumindest die Tiergartenbrücke während der Zeit gesperrt wird und dass man versucht, angrenzend eine Informationskampagne zu starten, dass wir dort eine größere böllerfreie Zone um den Zoo herumbekommen. Ich glaube, dass es dafür auch Verständnis gibt, denn der Zoo ist eine beliebte Einrichtung, und in dem Bereich kann man auch auf die Vernunft der Leute setzen.

**Der Vorsitzende:** Wir gehen jetzt noch mal die einzelnen Anträge durch. Ich möchte Ihnen folgende Idee einfach mitgeben: Ich würde mir wünschen, dass man es irgendwann umdrehen kann, dass man mit den Bürgervereinen darüber redet, wo es Plätze in den Stadtteilen gibt, wo man böllern darf. Dann treffen sich dort die Personen am Rand, die zuschauen wollen und die in der Mitte, die böllern wollen, und dann haben alle das Optimum davon.

(Unruhe)

Das ist jetzt ein Vorschlag von mir, den müssen Sie nicht gut finden. Ich erlebe es auch so, dass die Leute sich zum Teil verängstigt fühlen, wenn vor ihren Häusern geböllert wird, und ich finde, das kann man ein bisschen konzentrieren, dann haben alle mehr davon. Jetzt gehen wir mal von der Rechtslage aus und versuchen, die verschiedenen Antragsbegehren miteinander zu besprechen.

Zunächst steht mal Tagesordnungspunkt 14.1 an, Ausweitung des Böllerverbotes, ein Antrag der CDU. Wir haben Ihnen dargestellt, dass wir das auf den Marktplatz ausweiten wollen, aber für weitere Ausweitungen im Moment nicht die Rechtslage sehen. Dazu passt dann auch der

Antrag der GRÜNEN, die sagen, wir sollen auch trotzdem darüber informieren, wo entsprechend das Böllern schon heute nicht erlaubt ist und damit eine Sensibilität schaffen. Wie gesagt, es gibt auch den Vorschlag von der CDU, dass wir das auf den Friedrichsplatz ausdehnen. Ich habe eineinhalb Jahre gebraucht, den Schlossplatz durchzusetzen, ich bin ganz froh, dass man sich jetzt auch den Marktplatz vorstellen kann, aber wir können solche Zonen in der Innenstadt nur dann wirklich böllersfrei halten, wenn wir auch in der Lage sind, es zu gewährleisten. Ich kann keine Familien auf einen böllersfreien Platz einladen, und am Ende kann ich es nicht sicherstellen. Deswegen wäre unser Vorschlag, dass wir es jetzt auf den Marktplatz ausdehnen und das war es dann erstmal mit Schlossvorplatz und Marktplatz. Dann starten wir die entsprechende Informationskampagne über das, was in den Stadtteilen möglich ist. Dann müssen wir über die Stadtzeitung entsprechend informieren. Insofern würde ich den CDU-Antrag als soweit erledigt betrachten.

Zu Tagesordnungspunkt 14.2, dem Antrag von den GRÜNEN, da haben Sie vorgeschlagen, dass wir mit den Bürgervereinen mal reden. Da bin ich regelmäßig und würde mal das Anliegen mitnehmen, um mal darüber zu diskutieren. Wir sind auch dabei, alternative Shows zu diskutieren und zu organisieren. Das Problem dabei ist, dass sie immer jemanden brauchen, der sie in der Silvesternacht auch veranstaltet. Sie können sich vorstellen, dass alle die, die im Moment mit Laser und Drohnenballett unterwegs sind, heiß begehrt sind und sich das auch etwas kosten lassen. Wir sind da dran. Ich hätte es auch schon gerne letztes Jahr gehabt, auf der anderen Seite dürfen wir es auch nicht zu attraktiv machen, weil sonst alle nur zu einem Platz rennen. Es macht durchaus Sinn, dass wir das in Stadt ein bisschen verteilt lassen.

**Stadtrat Müller (CDU):** In Bezug auf unseren Antrag haben Sie meine Wortmeldung nicht gesehen, das ist auch weiter nicht tragisch. Ich möchte Ihnen aber doch noch mit allem Respekt die Zusage zu einer Prüfung abringen, im Hinblick auf die Tiergartenbrücke in der Silvesternacht, diese baulich temporär zu sperren.

**Der Vorsitzende:** Die Tiergartenbrücke nehmen wir auf, das war auch von den GRÜNEN begehrt. Ich bin im Moment nur noch nicht beim Zoo. Ich bin jetzt erst mal bei den Tagesordnungspunkten 14.1 und 14.2, zur Tiergartenbrücke komme ich noch.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Es ist jetzt ein bisschen unübersichtlich geworden mit dem Antrag der GRÜNEN, der zurückgezogen wurde, und der neu gestellt wurde. So wie ich das mitbekommen habe, ist die Sache mit den Bürgervereinen zurückgezogen, dafür gibt es keinen Antrag mehr.

**Der Vorsitzende:** Stimmt, Sie haben recht, da gibt es einen Änderungsantrag, da ist die Ziffer 6 unverändert. Sie machen es einem manchmal nicht so einfach. Das mit den Bürgervereinen ist in der Tat unter Ziffer 4 und 5. Ich gehe sie noch einmal durch. Tagesordnungspunkt 14.1 hat sich erledigt, zur Tiergartenbrücke kommen wir noch. Tagesordnungspunkt 14.2 haben Sie noch mal durch einen Änderungsantrag sozusagen überarbeitet. Da würden wir Ihnen zusagen, wir informieren über die kommende Silvesterfeier, wir würden die Geschichten mit den Stadtteilen angehen, und die Ziffer 6 ist unverändert und eine Akzeptanzkampagne. Das passt dazu. Tagesordnungspunkt 14.3 das war der Antrag von den LINKEN, da hatten wir zugesagt, dass wir uns in den überörtlichen Gremien dafür einsetzen, dann hätten wir Tagesordnungspunkt 14 erledigt.

Jetzt kommen wir zu Tagesordnungspunkt 15.1, Sicherheitsmaßnahmen für den Zoo. Da hatten wir auf unsere eingeschränkten Möglichkeiten verwiesen. Ich sehe im Moment noch nicht die personelle Kapazität, dass wir den Zoo großräumig absperren, dann können wir die Menschen ohnehin nicht davon abhalten dort zu böllern, weil es trotzdem noch erlaubt ist, aber wir können darüber informieren und sensibilisieren. Ich nehme das mit der Tiergartenbrücke auf, ich glaube, dass man das gut begründen kann, denn die Tiere leben direkt darunter. Wir würden natürlich, wenn wir schon über die sensiblen Gebiete im Stadtgebiet aufklären, auch den Zoo dezidiert in die Darstellung bringen, das war dann der Tagesordnungspunkt 15.1.

Dann haben wir den Tagesordnungspunkt 15.2, da geht es um die Sicherheits- und Schutzzonen des Zoologischen Stadtgartens, von der SPD. Ich denke das, was ich eben gesagt habe, passt auch dazu.

Es gibt noch den AfD-Antrag, Tagesordnungspunkt 15.3, der geht noch mal etwas allgemeiner auf alle möglichen Katastrophen ein, die auf den Zoo einprasseln können.

**Stadträtin Fenrich (AfD):** Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dieser Änderungsantrag der GRÜNEN, Tagesordnungspunkt 14.2, der zielt darauf ab, in einzelnen Stadtteilen möglichst große und zusammenhängende Flächen zu verifizieren und da eine Entscheidung zu treffen. Das ist rechtlich in der derzeitigen Gesetzeslage so nicht möglich, selbst nach dem allgemeinen Polizeirecht ist es nicht möglich.

**Der Vorsitzende:** Sie können sicher sein, dass wir nur das rechtlich Mögliche umsetzen. Das ist jetzt der Wunsch, aber es geht erst mal um Informationen, das ist schon klar. Den Zoo dürften wir dann auch nicht ansprechen, denn das ist rechtlich auch nicht möglich, aber wir können um Verständnis bitten, dass man die Tiere schützt, und so glaube ich, kommen wir auch an die Menschen heran. Dann würden wir Ihren Antrag auch als erledigt betrachten, das war jetzt an die AfD gerichtet.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Wir brauchen einen kleinen Moment, bitte.

**Der Vorsitzende:** Wir können zu Tagesordnungspunkt 15.3 auch noch eine Prüfung zusagen und dann kommen wir noch mal ins Gespräch, das schlägt Ihnen jetzt der Sicherheits- und Ordnungsdezernent vor. Gut, dann können wir das für heute als erledigt betrachten und hier gehen wir noch mal in ein detailliertes Gespräch.

Zur Beurkundung:  
Die Schriftführerin:



8. September 2020